



39

Mitgliederversammlung zur Bestimmung des DirektkandidatenWahlkreis 39, 15. September,
Aula, Hort, Wiener StraßeWahlkreis 37, 22. September
Künstlerhaus 188,
Böllberger Weg 188

37

Linkes Blatt

DIE LINKE.

15. Ausgabe / 20. Jahrgang

Für Halle

14. September 2010

Basiskonvent zum Programm der LINKEN

Einladung zum Basiskonvent zum Programm der LINKEN am Freitag, 17. September 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit lade ich Euch im Namen des Landesausschusses nochmals herzlich zur Teilnahme am Basiskonvent der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt zur Debatte des ersten Entwurfes des Parteiprogramms ein.

Der Basiskonvent findet

am Freitag, 17. September 2010**um 17:00 Uhr****im Büro- und Tagungscenter Magdeburg (BTM),
in der Rogätzer Straße 8, in Magdeburg statt.**

Wir wollen uns zu vier Schwerpunktthemen zur Programmatik der LINKEN verständigen:

1. Demokratische Potentiale der gegenwärtigen Gesellschaft und Demokratisierung als Weg sozialistischer Transformation
2. Eigentum und Verfügungsgewalt der/des Einzelnen im Programmwurf
3. Politischer Gestaltungsanspruch und/oder statische „Haltelinien“
4. Transformationserfahrungen des Ostens als Potential linker Programmatik

Zu diesen vier Schwerpunkten liegen Texte für den Basiskonvent vor, die Grundlage der Debatte sein sollten. Die Texte wurden von Birke Bull, Frank Thiel, Roland Claus und Frank Baier erarbeitet und in der AG Programm des Landesverbandes diskutiert. Dabei haben wir versucht, Anregungen und Meinungen aus der bisherigen Programmdiskussion in den Kreisverbänden aufzunehmen.

Mit einer konstruktiven Debatte sollte es dem Basiskonvent gelingen, diese Texte weiter zu qualifizieren und sie als kollektiven Wortbeitrag des Landesverbandes in die Debatte zum Programmwurf einzubringen.

Ich bin überzeugt, dass unser Landesverband vieles in die Programmdiskussion einbringen können und hoffe, dass nach den Regionalkonferenzen und den zahlreichen Beratungen in Basisorganisationen und Kreisverbänden der Basiskonvent hierzu beiträgt. Und da eine Debatte von reger Beteiligung lebt, hoffe ich auf diese und bitte Euch, in Euren Kreisverbänden nochmals für die Teilnahme am Basiskonvent zu werben.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Baier

Vorsitzender des Landesausschusses

Anm. der Redaktion: Die erwähnten Texte sind über <http://www.dielinke-halle.de/politik/termine/detail/browse/1/zurueck/termine-9/artikel/basiskonvent-zum-programm-der-linken/abzurufen>.

Aus der letzten Stadtratssitzung am 25.08.2010

Nach der Sommerpause lag die Erwartung in der Luft, dass wir eine lange Tagesordnung für den Stadtrat zu bewältigen hätten. Rein optisch gesehen war dem auch so, weil auf der Tagesordnung eine Vielzahl von Jahresabschlüssen von städtischen Unternehmen, wie z.B. der Theater, Oper und Orchester GmbH, der Stadtwerke, des Zoo's, des Eigenbetriebes für Kindertagesstätten, der Sparkasse u. a. standen. Diese werden i.d.R. - und so auch in dieser Sitzung - ohne größere Diskussionen bestätigt. Die dazu notwendigen Diskussionen wurden überwiegend im Finanzausschuss geführt. Auch wir stimmten diesen Jahresabschlüssen allen zu.

Es wurden neue Mitglieder in den Stiftungsrat der Paul-Riebeck-Stiftung bestellt. Für unsere Fraktion wurde wieder Mechthild Greuel bestätigt. Mechthild Greuel übt diese Aufgabe schon viele Jahre für uns aus und wir freuen uns, dass sie auch weiterhin für uns dieses Ehrenamt ausüben wird!

Beschlossen wurden auch neue Mitglieder für den Gestaltungsbeirat der Stadt Halle (Saale). Der Gestaltungsbeirat ist ein beratendes Organ und wird angefragt, wenn neue Bauten in der Stadt Halle (Saale) anstehen, größere Sanierungen an Bauten vorgesehen sind, etc. Deshalb sind vor allem Architekten und Landschaftsarchitekten in diesem Beirat, aber auch Vertreter der Fraktionen. Für zwei Jahre wurden drei „neue“ Architekten berufen. Bebauungspläne zur Wohnbebauung Halle-Büschdorf und für die Erweiterung des Bildungsstandortes Murmanskter Straße wurden ebenfalls beschlossen.

Diskussionen gab es dann wieder zur Sondernutzungsgebührensatzung. Bisher mussten z.B. Inhaber von Cafés, die ihre Tische im öffentlichen Straßenraum aufstel-

len oder GeschäftsinhaberInnen, die Aufsteller aufstellen, eigentlich alle, die den öffentlichen Straßenraum nutzen, eine Gebühr bezahlen, eine Rahmengebühr.

Neu ist jetzt, dass je nach Wichtigkeit der Straße die Gebühren gestaffelt werden sollen. Dazu lag von der FDP-Fraktion ein Antrag vor, dass dazu das Instrument der „Vorkasse“ genutzt werden sollte. Es gab „Hin- und Herdiskussionen“ und letztlich wurde der Antrag wieder in den Finanz- sowie in den Ordnungs- und Umweltausschuss zurückverwiesen.

Ganz aktuell ist in unserer Stadt das Thema der Erhaltung vom Verfall bedrohter Baudenkmäler. Zwei ähnlich gelagerte Anträge von der SPD und den GRÜNEN wurden in den Finanz- sowie in den Planungsausschuss zur weiteren Diskussion verwiesen.

Abgelehnt, auch mit unseren Stimmen, wurde ein Antrag der CDU zur Erarbeitung eines Bebauungsplanes für den Hort in Kröllwitz. Das Thema war auch schon Gegenstand im letzten Stadtrat. Die Kapazitäten des Hortes Kröllwitz (An der Petruskirche) reichen für die dort angemeldeten Kinder nicht mehr aus. Der Hortbetreiber hat mit der Stadt einen Erbbaurechtsvertrag geschlossen, mit dem Ziel, die Sanierung und Erweiterung der Grundschule und den Hortneubau zu realisieren.

Für den Neubau des Hortes muss eine Grünfläche mit altem Baumbestand genutzt werden. Dagegen wehren sich einige Anlieger, was auch verständlich ist. Sämtliche denkbare Standortalternativen für den Hortneubau sind geprüft worden, aber eine andere Lösung gab und gibt es nicht. Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Bauen und Planen, hat in der Stellungnahme diese und andere Argumente bekräftigt.

Die Folgen durch die Zeitverzögerung bei einem Bebauungsplanverfahren hätten auch materielle Schäden!

Weitere Anträge - von verschiedenen Fraktionen - z.B. zur Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Erarbeitung der kulturpolitischen Leitlinien, zur Ausweisung einer Spielfläche im Glaucha-Viertel, zur geplanten „Dickstoffversatzanlage“ in Angersdorf u.a.m. mehr wurden in die Fachausschüsse verwiesen.

Auch unsere beiden Anträge. Der Antrag zum Geschäftsbedarf der Fraktionen wurde bereits von anderen Fraktionen kritisiert und leider gibt es dazu auch einige schlichtweg falsche Argumentationen. Hintergrund dieses Antrages ist u.a. eine sichere Finanzierung der Personalkosten nach Tarif. Die Oberbürgermeisterin will demnächst zu diesem Thema eine Vorlage einreichen, mit dem Antrag sollte auch die Debatte angeregt werden.

Der Antrag unserer Fraktion zur Weiterführung des „Lokalen Aktionsplanes Halle-Hallianz für Vielfalt“ ist ebenfalls in mehrere Fachausschüsse verwiesen worden.

Petra Sitte begründete diesen Antrag u.a. damit, dass noch nicht feststeht, ob das Bundesprogramm weitergeführt wird und damit auch eine Bewerbung für finanzielle Mittel wieder möglich ist. Vor allem aber geht es uns um die Fortführung von Ergebnissen und Förderung von bewährten Strukturen.

Nicht unerwähnt sollte sein, dass in der Bürgerfragestunde viele Träger von sozialen Projekten nach einer verlässlichen Finanzierung gefragt haben. In Briefen der Verwaltung wurde den Vereinen bereits angezeigt, dass in diesem Jahr nur mit 70 % der Mittel geplant werden kann. Das bringt durchaus für die verschiedensten Vereine Probleme mit sich.

Ute Haupt

aus der Stadtratsfraktion:

Mit der Zeit erkennt man, was wichtig ist.

Fragen an Birgit Leibrich, Stadträtin, Die LINKE



Birgit, Du hast bereits Erfahrungen als sachkundige Einwohnerin bei den „Grauen“ in der letzten Wahlperiode und auch in unserer Fraktion. Vor einiger Zeit bist Du für Katharina Rommel als Stadträtin „nachgerückt“. Was ist anders für Dich als Stadträtin?

Als sachkundige Einwohnerin war ich verantwortlich für einen Ausschuss. Als Stadträtin ist die Verantwortung viel größer. Ich bin jetzt Mitglied im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und im Kulturausschuss. Als Stadträtin muss ich Entscheidungen treffen, die die gesamte Stadtratsarbeit betreffen.

Die Fraktionssitzungen sind für mich ein wichtiger Bestandteil der Stadtratsarbeit, weil der Austausch der Informationen wichtig ist. An die organisatorischen und inhaltlichen Abläufe musste ich mich erst gewöhnen, vor allem an die ellenlangen Diskussionen zu einem Thema. Das könnte verkürzt werden, indem gewisse Zeitvorgaben gemacht werden. Das stört mich auch an den Ausschüssen, hier wird teilweise Selbstdarstellung praktiziert. Viele Themen sind schon seit Jahren offenbar Gegenstand und können durch mich als „Neue“ nicht immer erschlossen werden. Auch

als sachkundige Bürgerin hatte ich damit Probleme.

Die Fülle an Informationen zu den Tagungen des Stadtrates - und andererseits aus verschiedenen Quellen bedingen eine gewisse Schwerpunktorientierung, da muss ich mich auf die Spezialisten verlassen.

Mit der Zeit erkennt man, was wichtig ist. Sehr gut finde ich die Hinweise von den „älteren“ Stadträten.

Womit beschäftigst Du Dich gerade - auch außerhalb der Fraktion?

Kannst Du Erfahrungen aus dem Stadtrat anwenden?

Ja, auf jeden Fall.

Als Vorsitzende des Vereins „Aktiv im Ruhestand“ Sachsen-Anhalt e.V. beschäftige ich mich mit dem Thema: „Älter werden in Halle“ mit der Arbeitsbeschaffung für sozial Schwache und dem Ehrenamt.

Fragen, „wie motivieren wir Lang-

zeitarbeitslose für das Ehrenamt“ und „wie steht Halle zur Ehrenamts Card“ und die politische Bildung halte ich für ganz entscheidend. Dafür organisiere ich Bildungsveranstaltungen und Seminare. Meine ganze Aufmerksamkeit widme ich unserem 2. Buch „Alles auf Anfang“. Hier schreibt die Generation „60Plus“ ihre Entwicklungswege nach der Wende auf.

Mich beschäftigt zurzeit die Auslastung der Theater, insbesondere des neuen theaters. Wir beschäftigen uns im Ausschuss zwar nicht mit der Auswahl der Stücke, aber ich denke schon, dass hier Hinweise von den Ausschussmitgliedern wichtig sein könnten. Ich könnte mir z.B. vorstellen, dass man mehr prominente Autoren einlädt, die Lesungen und Gesprächsrunden gestalten. Als „Theatergängerin“ in Bad Lauchstädt könnte ich da einige Erfahrungen beisteuern!

Das Interview führte Ute Haupt.

Samstag, 25. September 2010, ab 10 Uhr,

Kulturtreff Halle-Neustadt,

Stadtparteitag

sowie Delegiertenversammlung zur Wahl der VertreterInnen für die Landesvertreterversammlung zur Aufstellung der Landesliste für die Wahlen zum Landtag Sachsen-Anhalt.

Am 1. September 2010 beschloß der Stadtvorstand, die Wahl der Delegierten für die Landesparteitage 2011 und 2012 zusätzlich auf die Tagesordnung des Stadtparteitages zu setzen. Die Neuwahl ist nach der Satzung erforderlich.

21. September, 18 Uhr, Podiumsdiskussion

„Für und Wider zum Grundeinkommen“

mit **Professor Dr. Roland Roth (MD)**

und **Judith Dellheim (Berlin),**

organisiert von der Rosa Luxemburg-Stiftung
im Melanchthonianum der MLU, Hörsaal 'Z' am Uniplatz

aus dem Stadtverband

Vorbereitung auf die Landtagswahl am 20. März 2011

Auf der Mitgliederversammlung am 1. September wurde der Direktkandidat unserer Partei DIE LINKE für den Wahlkreis (WK) 38 nominiert. Der WK 38 umfasst grob umrissene Innenstadt, Mötzlich und Reideburg. Bei der letzten Landtagswahl gewann Bernhard Böhlich in diesem



Swen Knöchel

Gebiet und dennoch gibt es reale Chancen, in Halle Direktmandate zu gewinnen bei einem Rückblick auf die letzte Bundestagswahl mit dem Erststimmenergebnis und auf die letzte Landtagswahl, wo zwei Direktmandate erzielt worden.

Henriette Quade und Swen Knöchel bewarben sich um den Platz zur Erststimmabgabe in dem genannten Wahlkreis.

Beide sind in unserem Stadtverband gut bekannt. Er ist Vorsitzender des Stadtvorstandes und sie stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes.

Sich für den einen oder die andere zu entscheiden, fiel wohl den meisten anwesenden Stimmberechtigten nicht leicht. In ihren Vorstellungsreden überzeugten beide gleichermaßen. Sie nutzten die kurze Zeit von zehn Minuten, auf welchen Politikfeldern sie tätig sein wollen. Swen Knöchel studiert zur Zeit Steuer- und Finanzpolitik. Selbstredend möchte er auf diesem Gebiet im Landtag tätig werden. Seiner Meinung nach ist in Sachsen-Anhalt ein Politikwechsel dringend notwendig, um eine gerechte Verteilung der Finanzen

durchzusetzen. Wir fordern seit langem eine Verteilung von oben nach unten und nicht umgekehrt wie es gegenwärtig der Fall ist. Bekanntlich sind die Kommunen seit Jahren unerträglich unterfinanziert.

Ebenfalls gewann Henriette Quade ein fast gleich hohes Vertrauen mit ihrer Vorstellungsrede. Sie studiert

germanistische Literatur und als Nebenfächer Zeitgeschichte und Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Sie ist froh darüber, dass sie noch nach alter Ordnung als Magister abschließen kann. Sie glaubt, dass sie Studium und Landtagsarbeit miteinander vereinbaren kann, denn sie ist seit 14 Jahren politisch interessiert. Auslöser war der Kosovokrieg und seitdem neben Schule und Studium in friedenspolitischen und antifaschistischen Bündnissen aktiv tätig und hat dort Die LINKE Halle sachkundig vertreten. Im Landtag möchte sie sich für die Ausländer- und Migrantenrechte einsetzen. Ihr geht es dabei um die Einhaltung der Menschenrechte, denn die sind unteilbar und müssen

für alle, die hier leben gleichermaßen gelten.

Das Stimmresultat ging knapp aus. Die Entscheidung war auf Grund einer Enthaltung gefallen. Von den 34 abgegebenen gültigen Stimmen



Henriette Quade

errang Swen Knöchel 17 und Henriette Quade 16 Stimmen. Henriette Quade wird sich noch um einen Platz auf der Landesliste bewerben und das gibt Hoffnung.

Mit diesen beiden Kandidaten, die beide unter dem Durchschnittsalter der Mitgliedschaft unserer Partei liegen, sind wir in Halle und Sachsen-Anhalt gut aufgestellt. Beide werden, soweit sie in den Landtag einziehen, sachkundig für unsere politischen Ziele streiten. hajo

Vorschau: Bundesfrauenkonferenz am 9./10. Oktober in Leipzig

Weitere Infos unter: www.die-linke.de/politik/frauen

Love me, gender!
Bundesfrauenkonferenz am 9. und 10. Oktober
GaraGe, Karl-Heine-Straße 97, 04229 Leipzig
www.die-linke.de/politik/frauen
DIE LINKE.

Mitgliederversammlung vom 08.09.2010 zur Aufstellung des Direktkandidaten im Wahlkreis 36

Neben zahlreichen Gästen, unter ihnen der Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE Wulf Gallert, folgten von 162 eingeladenen Mitgliedern unserer Partei 60 Genossinnen und Genossen, um für ihren Wahlkreis den Direktkandidaten zu nominieren. Mit über 34 % hatte Dr. Uwe Volkmar Köck den Wahlkreis 2006 direkt gewonnen und geht es nach den Genossinnen und Genossen, die ihn aufstellten, soll er das durchaus wiederholen. Mit nur einer ungültigen Stimme wurde er einstimmig gewählt. Auch wenn es keinen Gegenkandidaten gab, ist dieses Ergebnis ein deutliches Zeichen dafür, welche Achtung Dr. U. V. Köck sich mit seiner unermüdlichen fleißigen Arbeit verdient hat. Wir wünschen dem Genossen viel Kraft für den Wahlkampf und den Gewinn des Wahlkreises.



Nur die Naturgesetze sind unveränderbar.

Kandidatenvorstellung von Dr. Uwe Volkmar Köck

Mit solchem Credo in die Landtagswahl starten? Ja. Gerade weil uns von allen Seiten weiß gemacht werden soll, dass die ehernen Gesetze des Marktes alles zum Besten regeln. Die möglichen Folgewirkungen einer Missachtung der Naturgesetze werden ausgeblendet, so lange man damit Geld verdienen kann. Und sei es damit, am Ast zu sägen, auf dem man selbst sitzt. Brechen sich die Naturgesetze von Zeit zu Zeit Bahn, ist von Naturkatastrophen. die Rede. Statt alles zu unternehmen, um den globalen Temperaturanstieg in der Atmosphäre wenigstens auf + 2 ° C zu begrenzen, wird zunehmend auf die Anpassung an den Klimawandel propagiert. Nach wie vor wird unter Fortschritt ökonomisches Wachstum verstanden. Mehr Bruttosozialprodukt (Wert der her-

gestellten Waren und Dienstleistungen) durch neue Gewerbegebiete und Ausbau der Versorgungsinfrastruktur, mit einem proportional wachsenden Einsatz von Rohstoffen und Energie. Gespart wird an den erneuerbaren Ressourcen der menschlichen Arbeitskraft. Der Flächen- und Ressourcenverbrauch entwickelt sich diametral zur Bevölkerungszahl. Immer weniger Sachsen-Anhalter verbrauchen gegenwärtig immer mehr. Und die Stadt Halle reklamiert nach wie vor für seine abnehmende Bevölkerung zusätzliches Territorium von den Umlandgemeinden. Es ist höchste Zeit, aus der vermeintlichen Not eine Tugend zu machen. Stadtbau im gesamten Stadtgebiet ist angesagt. Dabei kann Halle-Neustadt für sich eine Vorreiter- und Vorbildrolle reklamieren.

Zunehmend wird die sinnvolle Nachnutzung der Abrissflächen in den Mittelpunkt des Interesses gerückt werden. In der Wahlperiode 2011 . 2016 müssen die entscheidenden Weichenstellungen erfolgen. Seit 2002 vertrete ich die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Halle-Neustadt im Landtag von Sachsen-Anhalt. Das Wahlkreisbüro im Ernst-Haeckel-Weg ist mittlerweile zu einer festen Adresse geworden. Dank des unermüdlichen Wirkens der Genossinnen und Genossen der Basis, von Frigga und Hubert, gelang 2006 sogar die Erringung des Direktmandats. Das will ich 2011 noch einmal verteidigen, da ich davon ausgehen kann, auch zukünftig eine Unterstützung zu erhalten, um trotz der Euch bekannten gesundheitlichen Probleme das Mandat ausfüllen zu können.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail: linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
09.09.2010
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 23.09.2010

Öffnung der Hochschulen statt Wettbewerb um Brotkrumen

Aus Anlass der Veröffentlichung des OECD-Bildungsberichts erklärt **Hendrik Lange**, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion:

„Die OECD erklärt in ihrem Bildungsbericht, dass ein Hochschulstudium der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit und niedrigen Löhnen ist. Wieder einmal also wird der hohe Wert einer akademischen Bildung durch eine Studie nachgewiesen.

Leider ist diese Erkenntnis, die schon viele Male zuvor von der LINKEN und anderen gesellschaftlichen Akteuren formuliert wurde, in den zuständigen Ministerien der Bundesrepublik und auch Sachsen-Anhalts noch nicht angekommen.

Gerade in einem Bundesland mit geringer Wirtschaftskraft wie Sachsen-Anhalt können die Hochschulen also Sprungbrett für ein erfolgreiches Berufsleben sein. Hier muss endlich auch die Landesregierung ein Signal setzen. Statt die Hochschulen in einen Wettbewerb um dringend benötigte Finanzmittel zu führen, brauchen die Universitäten und Fachhochschulen unseres Landes finanzielle Sicherheit.

Bei aller Freude darüber, dass Akademiker bessere Jobperspektiven haben, bleibt festzustellen, dass gerade im Wissenschaftsbetrieb die Zahl der prekären Beschäftigungsverhältnisse mit jeder Kürzungsrunde stark zugenommen hat. Jungen, gut ausgebildeten Menschen wird damit der Eintritt in die Wissenschaft erschwert.

Die Schlussfolgerungen aus dem OECD-Bericht können daher nur lauten: Sachsen-Anhalts Hochschu-

len brauchen eine angemessene und vor allem verlässliche Finanzierung. So können sie möglichst vielen jungen Menschen eine gute berufliche Perspektive geben und schlagen ihnen nicht aus Studienplatzmangel die Tür vor der Nase zu.

Zudem müssen soziale Schranken

zum Studium, wie Studiengebühren, abgebaut und ein bedarfsgerechtes Bafög gezahlt werden. Es braucht eine Jobperspektive in der Wissenschaft, die nicht auf Selbstausbeutung, sondern auf faire Arbeitsbedingungen und gerechte Löhne setzt.“

Wem nützt Herr Sarrazin?

Sarrazin projiziert die soziale Polarisierung in Deutschland auf MigrantInnen und lenkt damit - ausländerfeindliche Ressentiments wohl bewusst nutzend - vom eigentlichen Problem, dem Auseinanderdriften der Gesellschaft insgesamt, ab.

Vieles von dem, was Sarrazin MigrantInnen zuordnet, findet man de facto ebenso in Gebieten, wo fast keine AusländerInnen zu finden sind, die dafür aber inzwischen, und nicht zuletzt infolge von Hartz IV, zu Hochburgen des so genannten Prekariats geworden sind.

Bildungsferne, höhere Geburtenraten, hohe Abhängigkeit von Sozialtransfers - all das sind keine Alleinstellungsmerkmale von MigrantInnen, sie sind ebenso fest in der deutschen Bevölkerung verankert.

Das gilt - weiter gefasst - auch für eine kulturelle Identität. Menschen mit geringer Bildung haben oftmals eine gravierend geringere gesellschaftliche Teilhabe auf fast allen Gebieten, völlig unabhängig von ihrer Herkunft. Allein das Problem defizitärer Sprachfähigkeit vieler deutscher Kinder belegt das sehr deutlich.

Das Dilemma aber liegt nicht in der An- oder Abwesenheit von MigrantInnen begründet, die heutige Situation in Deutschland und vor allem deren Verschärfung in den letzten Jahren (Armutsrisiken, soziale Ausgrenzung, fehlende Chancen- und auch Verteilungsgerechtigkeit etc.) ist Resultat von.

Es ist völlig unerheblich, ob Sarrazin das nicht sehen will oder nicht sehen kann. Was er von sich gibt, ist ohne WENN und ABER zurückzuweisen, allein mit seinen „genetischen Zuordnungen“ diskreditiert er sich selbst hinreichend. Aber die Debatte, wie sie jetzt geführt wird, ist für das politische Establishment nützlich, weil sie von den Kernproblemen ablenkt. Nicht die MigrantInnen sind das Problem in Deutschland, sondern die von der herrschenden Politik herbeigeführte und wachsende soziale Spaltung.

Die Thesen von Herrn Sarrazin sind keine unbequemen Wahrheiten, sie sind gefährliche Lügen. Der Rassismus in Nadelstreifen, den er bedient, ist eine größere Bedrohung der demokratischen Gesellschaft, als prügeln Skinheads. Aber bislang wird dieses Problem in der öffentlichen Debatte ausgeblendet - entweder es wird als solches nicht wirklich erkannt, oder man will es nicht sehen.

Wulf Gallert

Die Macht der Literatur

Zu einem Buch des Leipziger Verlegers
Joachim Jahns

Das Buch „Der Warschauer Ghettokönig“ setzte sich langsam in der Öffentlichkeit durch; nun aber scheint es, wie Presseberichte über den zu Grunde liegenden Fall und Rezensionen belegen, Aufmerksamkeit zu finden. Dabei ist es der nächste Teil - ein weiterer wird von Jahns bereits angekündigt - einer vor drei Jahren intensiv begonnenen Enthüllung, die an berühmte Beispiele erinnert. Friedrich Schillers Ballade „Die Kraniche des Ibykus“ ist ein vielzitiertes Beispiel dafür, wie Kunst im gesellschaftspolitischen Bereich zur Gerechtigkeit verhelfen kann. Die Mörder des Ibykus entlarven sich während des Gesangs der Rachegöttinnen, der Erinnyen, und lassen die Bühne zum Tribunal werden; in Schillers Ballade setzt sich irdische Gerechtigkeit durch. Nun ist das Beispiel, um das es hier geht, nicht von dieser mythischen Gewalt und Größe, aber die Verbrechen, um die es geht, sind ebenso entsetzlich und verabscheuungswürdig und von größerem Ausmaß.

Es begann alles sehr beiläufig. Als 2008 die 93-jährige Lisl Urban den ersten Band ihrer Autobiografie „Ein ganz gewöhnliches Leben“ im Dingsda-Verlag von Joachim Jahns veröffentlichte, war das keine literarische Sensation. Der keineswegs verunglimpfte, sondern eher sympathisch geschilderte Liebhaber, der den fiktiven Namen Eike erhielt, strengte gegen das Buch einen Prozess an, da es ihn als SS-Hauptsturmführer vorführte. Nun wurden Buch und Fall berühmt, die Medien nahmen sich des Vorgangs an, „Eikes“ Vergangenheit wurde publik und der Streit eskalierte. Erich Steidtmann, wie der Kläger hieß, sah sich in seiner Ehre als „deutscher Offizier“ angegriffen, als anständiger Deutscher wollte er das Buch zivilrechtlich verbieten lassen und verlangte Schmerzensgeld; er bestritt die Mitgliedschaft in der SS. Um im Prozess bestehen zu können, sich zu verteidigen und den Verlag vor einer Niederlage zu bewahren, die seinen Untergang bedeutet hätte, begann Jahns in mehreren Ländern zu recherchieren, um die Angaben der Autobiografie Lisl Urbans, die inzwischen verstorben ist, zu bestätigen.

Ausgelöst von einer keineswegs literarisch auffälligen Autobiografie erfolgte die aufwändige Recherche des Joachim Jahns. Ihre Ergebnisse waren das neue Buch von Joachim Jahns und ein neuer Name auf der Liste der noch lebenden Nazi-Kriegsverbrecher: Das Simon-Wiesenthal-Center in Los Angeles nahm Erich Steidtmann unter die zehn wichtigsten noch lebenden Nazi-Kriegsverbrecher auf. Damit haben nicht nur die Recherchen von Jahns ein beeindruckendes Ergebnis, sondern die Vergangenheit, die Steidtmann vehement leugnete, hat ihn eingeholt. Wie weit es eine späte Gerechtigkeit geben

wird, hängt von den Ermittlungen ab, denn Steidtmann, der nach dem Krieg zuerst in Merseburg, ab Ende 1951 in Essen als Polizist Dienst tat, ist Jahrgang 1914. Nach Hannover war er aus „politischen“ Gründen umgesiedelt. Er wird gewusst haben, warum, denn frühere Ermittlungen wurden wegen „geringer Schuld“ und schlechter Beweislage eingestellt; man kannte die Ergebnisse von Joachim Jahns noch nicht. Allerdings hatten Zeugenaussagen auf Verbrechen gedeutet, die Jahns Steidtmann zuschreibt. Nun steht Jahns' Name als Rechner in den Presseerklärungen des Simon-Wiesenthal-Zentrums zum Fall Erich Steidtmann.

Das neue Buch ist im Zusammenhang mit den Recherchen zum Warschauer Ghetto, an dessen Liquidierung Steidtmann beteiligt gewesen sein soll, ein wichtiges, erschütterndes Dokument. Das erste Kapitel „Die Klage“ muss der Leser jedoch genau zur Kenntnis nehmen, um die Zusammenhänge im Blick zu behalten, denn über den Recherchen nach Steidtmann ist Jahns der rote Faden verloren gegangen. Hat man anfangs den Eindruck, es wird planmäßig nach Beweisen für die Taten Steidtmanns gesucht, der Belastungsmomente unabsichtlich in Gesprächen mit Jahns lieferte, so löst sich die konzeptionelle Anlage durch die Aufnahme anderer Figuren auf. Dafür erscheint eine Kontrastfigur zu ihm: Der Fotograf eines Bildes, auf dem Jahns Steidtmann erkannt hat, Franz Konrad, verschiebt die Relationen und wird zum „Ghettokönig“. Konrad wurde 1952 in Warschau hingerichtet. Jahns findet bei seinen Recherchen Details, die ihn verführten, diesem Konrad menschliche Züge zu geben, muss aber einschätzen, dass Konrad gescheitert sei. Konrad leitete die „Werterfassung“ im Ghetto - das zurückgelassene jüdische Eigentum der abtransportierten Menschen. Dabei bedeutete dessen Einsatz für Juden nichts anderes als die Umsetzung der ihm gestellten Aufgabe, alle Werte für die Nazis zu sichern und dafür billige Arbeitskräfte zu nutzen. Diese Verschiebung des Bildes von Konrad ist nur zu verstehen, wenn man das Bild Steidtmanns dagegenhält, der nie für seine Verbrechen bestraft wurde. Oder die anderen Fälle, die Jahns beschreibt, wie den des SS-Standartenführers Kurt Becher, der nach 1945 nie angeklagt wurde, sich in Bremen niederließ, Firmen gründete und 1995 „als sehr reicher Mann“ starb, oder den des Obersten in der Luftwaffe Goerings Steinhoff, der es zum Viersternegeneral der Bundeswehr brachte.

Rüdiger Bernhardt

Prof. Dr. Rüdiger Bernhardt, in Dresden geboren, wirkte viele Jahre in Halle als ordentlicher Professor für Literatur der DDR und wurde besonders durch seine wissenschaftlichen Arbeiten zu Bertolt Brecht, Volker Braun, Peter Hacks, Anna Seghers und Erwin Strittmatter bekannt. Am 8. September 2010 feiert er seinen 70. Geburtstag, zu dem wir ihm recht herzlich gratulieren.